

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtsseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölz in Hachenburg.

Nr. 246

Erscheint an allen Wochentagen.
Bezugspreis: vierteljährlich 1.80 M.,
monatlich 60 Pfg. (ohne Frangierlohn).

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.
Hachenburg, Samstag den 20. Oktober 1917.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechspaltige Beilage oder deren
Raum 15 Pfg., die Restzeile 40 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

19. Oktober. In Maudern erreicht der Artilleriekampf wieder große Stärke. — Nordöstlich von Soissons schließt die Artillerie an. Französische Abteilungen, die nach Frommelreue vordringen, werden zurückgeworfen. Angriffe der Franzosen auf unsere Stellungen im Ostteil des Chemin des Dames werden blutig abgewiesen. — Unsere Gegner verloren 12 Flugzeuge. — In schnelleren Vordringen erobern unsere Truppen unter Befehl des Generalleutnants v. Gifford, unterstützt von Landungsabteilungen der Marine, die Insel Moon. 6000 Russen werden gefangen. Im Kampf mit feindlichen Kriegsschiffen scheitern unsere Seestreitkräfte das russische Linienschiff „Slava“ in Brand und bringen es zum Sinken.

Würzburger Neuorientierung.

(Im Wochen[schluß].)

Als der Reichstag auseinanderging, hinterließ er eine wenig durchsichtige innere Lage. Die Schwüle ist noch nicht gewichen, ob die verhängenden Schleier eine Krise bergen — was die einen fürchten, die anderen erkennen und betreiben — ist noch ungewiß. Erst nach Rückkehr des Kaisers in den nächsten Tagen steht eine Klärung in Aussicht.

Unter diesen Umständen wendet sich die ernsthaftige Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, bis die Entscheidungen fallen oder — nicht fallen (denn ihr Ausbleiben wäre auch eine Entscheidung und vielleicht am schwersten wiegend), der sozialdemokratischen Partei zu, die von ihrem Führer Scheidemann zurzeit in Würzburg zu einem Parteitag versammelt ist. Diese Bedeutung ist noch tiefer begründet, als sie es ohnehin gewesen wäre, durch die innere Verfassung, in die die Partei sich seit Jahr und Tag gebracht sieht und durch den Verlauf, den dieser Parteitag in Würzburg nimmt. Noch ist er zwar nicht am Ende seiner Arbeit angelangt, aber man dürfte kaum durch das, was noch zu erwarten ist, Äußen gestraft werden für die Feststellung, daß zu den großen und grundsätzlichen Tages- und Zukunftsfragen bereits Stellung genommen ist. Diese Annahme stützt sich zunächst äußerlich auf die immerhin nicht ganz ohne Überraschung zu machende Wahrnehmung, daß die Zeit der Explosionen, der unbegrenzten Möglichkeiten und plötzlichen Standsäulen überwunden zu sein scheint. Die Politik des Auscheidens der an der starren Verneinungspolitik festhalten, in ihrer Kritik nur niederreißenden Radikalen um Haase und Ledebour ist stärker, als angenommen wurde. Es zeigt sich das merkwürdige Bild, daß ein Sozialistenkongress in diesem Kriegsjahre, wenn auch temperamentvoll und in starken Tönen, so doch sachlich ruhig arbeitet. Und dabei handelt es sich um Dinge, die die bisherigen Grundlagen der Partei berühren. Um nichts mehr und nichts weniger als um ein grundsätzliches Umlernen, um Null- und Nichtigerklärung des alten Programms, um eine ganz neue Begriffsbestimmung des deutschen politischen Sozialismus. Die Brandfackeln der neuen Zeit werden in das Agitationsgebäude eines Menschenalters gelehrt, ohne daß die um jeden Preis radikalen ihre Leidenschaft ausleben lassen können.

Diese Vorbedingung hat der Parteitag geschaffen durch vorgängige Stellungnahme zur Spaltung der Partei. Bemerkenswert rasche und umfassende Siege hat hier Scheidemanns Führung an den drei ersten Tagen errungen. Auch nach der Spaltung war seinerzeit eine Gruppe von Führern, die ganz oder teilweise zu den Radikalen halten, in der Partei verblieben. Sie hatten dafür den äußeren Grund angegeben, daß der Streit innerhalb der Partei abgetragen werden müßte. Aus dieser Gruppe einerseits und aus dem Kreise einiger Genossen, die den Bruch vorgängig gemacht sehen, andererseits waren Anträge auf Wiedervereinigung eingebracht. Diese Anträge erhielten als Parteitagbeschluss eine Form, die sich in Wirklichkeit als eine endgültige Abgabe herausstellt. In die selbstverständliche Betonung, daß die Einheit einer Partei das dringlichste Erfordernis ist, wird die runde Aufforderung geknüpft, das demokratische Mehrheitsprinzip zu wahren und sich zu fügen und die Auflösung der Parteien gegen jede radikale Beeinflussung angekündigt. Nur ein verschwindendes Säuseln von Stimmen widersteht.

Und eine ebenso große, an Einstimmigkeit grenzende Mehrheit sprach das verlangte Vertrauensvotum für die Politik der Reichstagsfraktion aus.

So war der Boden für die Aufnahme des Hauptthemas der Tagung, für die programmatische Entwicklung der Zukunftsaufgaben der Partei bereitet. In einer von vorschlagendem Erfolg begleiteten feurigen Rede hat Scheidemann am Donnerstag die Notwendigkeit der Parteimauerung, des Umlernens und der Neuorientierung betont. Sie dürfte der Höhepunkt der Tagung bleiben. Denn er seine Worte mit einem Nachbetrachten erfüllt, das einer Steigerung kaum mehr fähig ist, so wird die harte Wirklichkeit, wie auch die Kräfteverlagerung der Zukunft sein mag, jede blühende Phantasie beschneiden.

aber sie seien ihm zu gut gehalten, der vor der Erhebung auf dem Stuhl der Parteiführung steht, der seit Haases Fall leer bleiben mußte. Er mag den bereiten Mund heute voll nehmen, andere Stimmen werden bald genug beschneiden hereinfliegen: Wir sind auch noch da! Wir kennen die Grundzüge des neuen sozialdemokratischen Arbeitsprogramms, wie es sich nach Scheidemann darstellen müßte, bereits. Aber der Kritik im einzelnen wird ganz wohl anerkannt werden können, daß eine Reihe warmer, energiegeladener Ausführungen über die Leiden des Volkes im Kriege, über die Mitarbeit an einem großzügigen Wiederaufbau, über das Zusammenarbeiten mit den übrigen Parteien nach innen und nach außen einen guten Eindruck machen können. Die Darlegung, daß das organisierte Proletariat nicht gegen den Existenzkampf des Staates gestanden hat, verbindet sich mit dem auf dem Parteitag auch aus dem Munde des den „Unabhängigen“ nahestehenden Abgeordneten Koch gehörten ausdrücklichen Bekenntnis zur Pflicht der Landesverteidigung zu einer dankenswerten Ergänzung. Der Anrede Scheidemanns, daß die Sozialdemokraten nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben dürften, sondern Praktiker des Sozialismus werden müßten, steht ja etwas unstimmt die harte Betonung des Festhaltens am Klassenkampfcharakter der Partei in der Eröffnungsrede Eberts gegenüber. In Wirklichkeit, und auch dafür stehen sich Äußerungen anführen, steht es damit wie mit manchen anderen Formeln, die man wegen der Bedürfnisse der Agitation theoretisch aufrechterhält, aber praktisch stillschweigend versichern läßt. Freilich wird sich die Sozialdemokratie nicht wandern dürfen, wenn ihre politischen Gegner sich einer Taktik des doppelten Bodens gegenüber vorziehen. Im übrigen scheint Scheidemann nicht die Absicht zu haben, über prinzipielle Schwankungen zu stolpern. Die Begeisterung, mit der sein Programm von dem Parteitag aufgenommen wurde, erblickt noch eine besondere Note durch den Umstand, daß aus der Gruppe der innerlich Radikalen keinerlei Gegenäußerung erfolgt ist.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

• In letzter Zeit weichen verschiedene Arbeitervertreter im Reichstag von der Parteipolitik ab. Die Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien und Bauer, wurden vom Generalquartiermeister v. Hindenburg entlassen und hatten eine längere Unterredung mit dem Generalquartiermeister Ludendorff. Die Arbeitervertreter trugen sachliche Bedenken gegen mancherlei Verordnungen vor, die geeignet sind, die Produktion für den Heeresbedarf zu beschränken. Die Verhandlungen dürften den Erfolg haben, daß eine baldige Abstellung der Beschwerden der Arbeiterchaft erfolgt. — Ferner wurde der Vertrauensmann der nationalen Arbeiter-Verbandsverbände, Winkler, ins Hauptquartier befohlen. Auch ihm sagte Generalquartiermeister Ludendorff zu, so viel in seinen Kräften liege, den berechtigten Wünschen der wirtschaftsfriedlichen Bewegung Rechnung zu tragen.

• Die sozialdemokratischen Verfassungsanträge betreffen die Aufhebung der Kammer der Reichsräte, Änderung des Landtagswahlrechts, Beseitigung aller Ständevorrechte, Abschaffung des Adels, Aufhebung der Privilegien des Königs, Trennung von Kirche und Staat usw. Beschäftigt hat den Finanzausschuß der Reichstagsabgeordnetenversammlung. Ministerpräsident Frick v. Hertling erklärte, daß alle Anträge, die auf einen organischen Ausbau der Staatsverfassung abzielen, sorgsam geprüft würden. Die sozialdemokratischen Anträge aber wollen eine völlige Umgestaltung der geschichtlichen Grundzüge des Staates herbeiführen. Die Regierung muß sich daher, abgesehen von einer Auskultation der Kammer der Reichsräte, ablehnend verhalten. Verschiedene Redner stimmten dem Ministerpräsidenten zu.

• Aber das Schicksal der verschleppten Esch-Thüringer teilt die Nordd. Allg. Ztg. mit, unter dem Druck scharfer Vergeltungsmaßnahmen sei erreicht worden, daß die Frauen und Kinder sowie die männlichen Personen unter 17 und über 65 Jahren, soweit sie interniert waren und zurückkehren wollten, in die Heimat entlassen werden könnten. Diejenigen Fälle, in denen Esch-Thüringer im Widerspruch mit den getroffenen Vereinbarungen die Rückkehr verweigert wird, sind von der Deutschen Regierung verfolgt worden und werden nötigenfalls zum Gegenstand weiterer Vergeltungsmaßnahmen gemacht werden. Die Vermählungen, auch die Befreiung der von Frankreich zurückgekehrten wehrfähigen Esch-Thüringer zu erlangen, haben bisher keinen Erfolg gehabt, weil unsere Gegner grundsätzlich alle wehrfähigen Deutschen interniert haben oder ihnen die Ausreisefreiheit verweigern und hierdurch trotz aller deutschen Gegenmaßnahmen nicht abgeben wollen. Verhandlungen sind noch im Gange.

• Die Fertigstellung der preussischen Wahlrechtsvorlage sollte sich nach verschiedenen Blättermeldungen verzögert haben, so daß ihre Einbringung erst für Januar möglich wäre. Diese Nachricht ist nach dem „Tag“ völlig unbeachtet. Alle vier auf die Umgestaltung des preussischen

Landtages unmittelbar nach Beendigung des Krieges würde sich bereits so weit fertiggestellt, daß sie dem preussischen Staatsministerium zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden könnten. Das Staatsministerium hat verschiedene Änderungen an ihnen vorzunehmen beschlossen und wird, sowie diesen Wünschen Rechnung getragen ist, in der Lage sein, den Vorlagen seine endgültige Zustimmung zu erteilen.

Frankreich.

• Die drohende Ministerkrise steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Painlevé und Ribot noch treugebliebenen Kammergruppen suchen das Kabinett wenigstens noch bis zur Pariser Entente-Konferenz zu halten, damit diese nicht gefährdet wird. Die Regierungsgegner, allen voran Clemenceau, wollen aber anscheinend von einer Verzögerung nichts wissen, obwohl bekannt ist, daß Ribot in London nur Washingtoner Vertrauensmann ist. Verschiedene Blätter befürworten ein Kabinett Briand, dessen Programm vorsichtige Prüfung eines Friedensvorschlages der Mittelmächte wäre, selbstverständlich im Einvernehmen mit den Verbündeten. Andere wieder erwarten, Clemenceau werde dafür sorgen, daß einer seiner vertrauten Freunde Ministerpräsident werde.

Rußland.

• Die heillose Verwirrung im ganzen Lande zeigt ein Aufsteigen, den der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt und in dem es heißt, daß die Epidemie der Unordnung und der Unruhen, die in letzter Zeit das Land ergriffen hat, den Staat unrettbar zur Anarchie und Auflösung treibt. Die revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten müßten die große Gefahr dieser Vorgehens für die Sache der Freiheit einsehen und alle Anstrengungen darauf richten, sie zu bekämpfen. Zum Schluss wird der Arbeiter- und Soldatenrat der einzelnen Bezirke aufgefordert ohne Gnade, selbst unter Subjektivität der Unruhen, alle Versuche, Unruhen anzufachen, zu unterdrücken und empfiehlt, hierzu besondere Ausschüsse zu bilden.

Großbritannien.

• Die Antwort Englands auf die Papstnote, die noch immer nicht erfolgt ist, war Gegenstand der Debatte im Unterhaus. Auf verschiedene Anfragen erklärte der Vizekanzler Lord Cecil, daß Wilsons Antwort an den Papst nicht das Ergebnis einer Beratung der Verbündeten gewesen sei und daß sie nicht als Antwort Englands gelten könne. Die Frage, ob England die Papstnote noch beantworten werde, ließ der Minister unbeantwortet. Er teilte ferner mit, daß auf Wunsch Russlands eine Konferenz der Verbündeten zur Festlegung der Kriegsziele stattfinden werde. Der Zeitpunkt sei noch nicht bestimmt.

Amerika.

• Die von den Engländern beschlagnahmte schwedische Post, die in Halifax aufgebracht wurde und von der schwedischen Regierung an ihren Gesandten in Washington gerichtet war, ist jetzt dem amerikanischen Staatssekretär Lansing zugestellt worden. Dieser hat sich bereit erklärt, sie dem schwedischen Gesandten auszustellen unter der Bedingung, daß die Postfächer vor den amerikanischen Behörden geöffnet und ihr Inhalt aufs genaueste untersucht würde. Der schwedische Gesandte scheint nicht geneigt, hierauf einzugehen; er bedarf der Sendung, um die Blockade mit der amerikanischen Regierung zu überbrücken zu können, und verlangt ihre bedingungslose Auslieferung.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 19. Okt. Der verstärkte Haushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses begann seine Beratungen über Kohlenversorgung und Ernährungsfragen. Die Mehrheit beschloß vertrauliche Behandlung und amtliche Berichterstattung. Dagegen stimmten nur die Fortschrittler, die Sozialdemokraten, die Polen und der Abgeordnete Giesberts.

Wien, 19. Okt. Der in letzter Zeit als polnischer Ministerpräsident oft genannte Fürst Alexander Drucki-Lubecki veröffentlicht eine Erklärung, daß einzig und allein Graf Adam Tarnowski als Kandidat für die Minister-Präsidentenstellung aufgestellt werden würde.

Kopenhagen, 19. Okt. Die sozialdemokratische Friedenskonferenz in Stockholm hat ihre Tätigkeit eingestellt. In einigen Tagen soll eine Denkschrift über ihre Tätigkeit verfaßt werden.

Stockholm, 19. Okt. Die Nachricht, daß die Zarenfamilie in ein Kloster verbracht worden sei, wird von der russischen Regierung als unrichtig bezeichnet.

Petersburg, 19. Okt. Der Befehlshaber der finnischen Grenztruppe ließ mehrere Fahrzeuge anhalten, die Mehl und Butter nach Schweden ausfuhrten.

Bern, 19. Okt. In Chile ist ein neues Ministerium aus Mitgliedern aller Parteien gebildet worden. Die Zusammensetzung läßt erkennen, daß Chile gewillt ist, an der Politik strikter Neutralität festzuhalten.

Berlin, 19. Okt. König Konstantin von Griechenland muß sich morgen erneut einer Operation unterziehen.

Berlin, 19. Okt. Der revolutionäre Sozialist Raslow ist zum russischen Ackerbauminister ernannt worden.

Der neue Heimatsieg.

Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen beträgt das Ergebnis der siebenten Kriegsanleihe 12 Milliarden 432 Millionen Mark.

Wieder kann unsere Reichsfinanzverwaltung auf einen glänzenden Erfolg ihrer Werbetätigkeit zurückblicken. Unser Kriegsschatz ist auf's neue um eine stattliche Reihe von Milliarden aufgefüllt worden, und der Obersten Heeresleitung sind für den Winterfeldzug, der trotz unserer lebhaften Friedensbemühungen der Welt nicht erspart werden wird, die erforderlichen Geldmittel sichergestellt. Mit der gleichen Schlagkraft, durch die unsere militärischen Unternehmungen zu Wasser und zu Lande sich auszeichnen, sind auch unsere Geldmarchen diesmal wieder ihres Weges gegangen: sie haben tüchtig gearbeitet und arbeiten lassen, um die siebente Kriegsanleihe ebenso stolz in den Kassen zu bringen wie ihre Vorgänger, und es hat dabei auch nicht an neuen Gedanken und Einfällen gefehlt, mit denen sie das allgemeine Interesse für diese Seite unserer Kriegsführung immer wieder zu beleben suchten. Nun kann auch dieses Werk den Meistern loben, und das deutsche Volk darf sich selbst das Zeugnis ausstellen, daß es aller Ungunst der Zeiten ungeachtet seine Pflicht auch bei dieser Gelegenheit voll erfüllt hat, getreu dem vorbildlichen Beispiele seiner besten Männer, die auch nicht müde werden, so gern sie nach mehr als drei schweren Kriegsjahren die Waffen wieder aus der Hand legen möchten.

Die Ungunst der Zeiten — wir alle wissen, worin sie bestand. Gerade die Wochen der Anleihezeichnung waren ausgefüllt von beständigem Parteistreit im Innern, die alle Mahnungen und Bitten unserer Führer, den selbst die Beschwörungen unseres Hindenburg kaum für den einen Tag, da er die Grenze des biblischen Alters überschritt, nicht zu dämpfen vermochten. Hier ergoß sich wieder einmal eine Flut von aufregenden Wort- und Federkämpfen durch das ganze Land, und wir können uns wohl denken, mit welchen ernsten Sorgen die Männer, die für den Erfolg der 7. Kriegsanleihe die Verantwortung zu tragen hatten, auf diese Vorgänge blickten. Aber die Hauptsache war, daß sie sich nicht entmutigen ließen. Schwer genug ist es ihnen diesmal gemacht worden, ihre Stimme in dem ungeheuren Lärm des Tages zu Gehör zu bringen. Allein das schöne Ergebnis ihrer rührigen Propaganda ist der beste Beweis dafür, daß die Grundüberzeugungen unseres Volkes durch alle die geräuschvollen Wortgefechte der letzten Wochen und Monate nicht im geringsten erschüttert worden sind: die Überzeugung, daß wir ohne unsere Schuld in diesen Krieg verwickelt worden sind, daß wir für eine große und gerechte Sache unsere Haut zu Markte tragen und daß wir bis zum siegreichen Ende aus- und durchhalten müssen, um niemals wieder von so furchtbaren Gefahren umbrannt zu werden, wie wir sie jetzt zu überleben haben.

Und wie die seelische Fähigkeit hat auch unsere wirtschaftliche Kraft dem Wandel der Zeiten standgehalten. Wir schütteln nachgerade jedes Semester mehr als zehn Milliarden aus dem Armel und bewahren uns damit die finanzielle Unabhängigkeit unserer Kriegsführung, ein Vorteil, der gar nicht hoch genug zu veranschlagen ist. So trägt die angestrengte Arbeit unserer Männer und Frauen, von jung und alt immer neue Früchte, die pflichtgemäß sofort wieder in den Dienst der vaterländischen Selbsterhaltung gestellt werden, sobald der Ruf unserer Reichsbank dazu ertönt. Wie wenig unsere Feinde auch in dieser Beziehung den Vergleich mit uns aushalten können, braucht nicht übermäßig auseinandergelegt zu werden; es genügt an die schwere Enttäuschung zu erinnern, die das amerikanische Schicksal jetzt gerade mit seiner ersten Kriegsanleihe durchmacht, und daß in einem Lande, das den Krieg bisher nur von seinen einträglichen Seiten kennengelernt hat! Nein, wir haben bewiesen, daß auch unsere wirtschaftliche Widerstandskraft unüberwindlich ist. Zum siebenten Male! Sollte das unseren Gegnern noch nicht genügen?

Sozialdemokratischer Parteitag.

in Würzburg, 19. Oktober.

Heute wurden finanzpolitische Fragen besprochen. Verlangt werden für die Zeit nach dem Krieg neben der direkten Besteuerung durch die Bundesstaaten eine großzügige direkte Reichseinkommensteuer, eine Besteuerung insbesondere des Luxus ohne Beeinträchtigung der Kapitalbildung, vor allen Dingen aber Monopole auch für Kohle und Eisen. Die Auseinandersetzung über Wirtschaft- und Sozialpolitik dreht sich hauptsächlich um die Agrar- und Landarbeiterfragen und die Gewinnung der Bauernmassen. Ferner wird auf die Demobilisierung, die erschwerte Einfuhr aus dem Ausland bei Beendigung des Krieges, auf die Folgen dieser Erschwerung und auf die sozialpolitischen Aufgaben, die sich daraus, vor allem für die Gewerkschaften und für ihren geschlossenen Kampf ergeben, hingewiesen.

Die Krise in Italien.

Einmarsch der Opposition gegen die Regierung.

Fast in der gesamten italienischen Presse wird die Meinung laut, daß die Lage des Kabinetts Boselli gefährlich ist. Der unhaltbare Zustand im Lande hat die Grundlagen, auf denen die jetzige Regierung steht, schwer erschüttert. Die reformsozialistischen Minister Visconti und Bonomi, sowie Minister Commandini, ein Republikaner, bezeugen angesichts der Haltung ihrer Parteien keine Lust mehr, bei der Fahne Boselli zu bleiben. Die neugebildete Gruppe der für die Beendigung des Krieges eintretenden Abgeordneten hat bereits eine Stärke von 107 Mann erreicht und den Namen „parlamentarische Union“ angenommen. Auch der ehemalige Minister Facta ist ihr beigetreten. Auch die demokratische Kammergruppe ging zur Opposition über.

Skandal in der Kammer.

Die letzte Kammer Sitzung gestaltete sich zu einem wilden Tumult. Als der Abgeordnete Campana die Regierung heftig angriff, rief ihm Minister Visconti zu: „Sie sind ein alter Narr!“ Campana schreit zurück: „Und Ihr Narren wollt 500.000 Italiener vor der österreichischen Offensive nach Frankreich senden!“ Die ganze Kammer gerät in unbeschreibliche Aufregung. Gegenseitige Beschimpfungen, wie „Schurken, Verbrecher, Verräter“.

schwimmen nur so durch den Saal. Neuer Skandal bricht los, als die Abgeordneten Casarini und Modigliani die Vorfälle in Turin besprechen und die Minister der Erschießung Unschuldiger anklagen. Ministerpräsident Boselli schreit den Rednern zu: „Ich würde gegen Euch auch Maschinengewehre vorgehen lassen.“ Unter entsetzlichem Lärm erklärt Boselli weiter, er übernehme alle Verantwortung für die Handlungen der Minister.

Eine Militärdiktatur?

Die Vorgänge im Parlament sind nur der Niederschlag der im ganzen Lande herrschenden Unruhe und Unzufriedenheit, die kaum noch einzudämmen ist. Die italienische Oberste Heeresleitung veröffentlicht ein Dekret, wonach sie unter strenger Strafsandrohung die Verbreitung von allen Alarmnachrichten im Lande verbietet. In das Verbot sind Nachrichten wirtschaftlicher Art, welche die öffentliche Ordnung gefährden könnten, einbezogen. Dieses Eingreifen der Armeeführung ist der Ausrufung einer Militärdiktatur verzwiefelt ähnlich.

Unser Sieg in der Ostsee.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus
Großes Hauptquartier, 19. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die artilleristische Kampftätigkeit in Flandern erreichte gestern wieder an der Küste sowie zwischen Yper und Loos große Stärke. Besonders heftig war das Feuer am Houthouster Walde, bei Passchendaele und zwischen Gheluvelt und Sandvoorde.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach regnerischem Morgen schwoll von gestern Mittag ab die Artillerietätigkeit nordöstlich von Soissons wieder zu voller Höhe an und tobt seitdem bei gewaltigem Munitionseinsatz fast ununterbrochen. Morgens drangen bei Vauzailles, abends an der ganzen Front die Bräue nach Trommelfeuer starke französische Abteilungen zu Erkundungsvorstößen vor; in östlichen Kämpfen wurde der Feind überall zurückgeworfen.

Die Nachbarschiffe und das Küstengelände der Kampffront lagen unter sehr starkem Störungsfeuer, das von uns sehr kräftig erwidert wurde. — Im Ostteil des Chemin-des-Dames griffen die Franzosen erneut dreimal unsere Stellungen nördlich der Mühle von Baucelle an; sie wurden blutig abgewiesen.

Bei den anderen Armeen schränkte Regen und Nebel die Gefechtsfähigkeit ein.

Unsere Gegner verloren gestern 12 Flugzeuge, davon sechs aus einem Geschwader, das auf Roulers und Ingelmunster mit beträchtlichem Häuserchaden Bomben abgeworfen hatte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Unter Befehl des Generalleutnants von Eberst errückten unsere Truppen, in Vooten und auf dem Steinbamm durch den kleinen Sand übergehend, das Westufer der Insel Moon. — In schnellem Vordringen wurden die Russen, wo sie Widerstand leisteten, überannt; bis zum Mittag war die ganze Insel in unserer Hand. — Von Norden und Süden eingreifende Landungsabteilungen der Marine und die Geschütze unserer Schiffe trugen zu dem schnellen Erfolge wesentlich bei. — Zwei russische Infanterieregimenter in Stärke von 5000 Mann wurden gefangen; die Beute ist beträchtlich. Auf Ceel und Moon sind ein Divisions- und drei Brigadestücke in unsere Hand gefallen. — Unsere Seestreitkräfte hatten in den Gewässern um Moon mehrfach Gefechte mit feindlichen Kriegsschiffen. Das russische Linienschiff „Slava“ (13.500) wurde in Brand geschossen und ist dann zwischen Moon und der Nachbarinsel Schildau gesunken.

Land- und Marineflieger hielten die Führung über den Verbleib der feindlichen Kräfte gut unterrichtet; mit Bombenabwurf und Maschinengewehrfeuer griffen sie auf Land und See den Feind oftmals mit erkannter Wirkung an.

An der russisch-rumänischen Landfront und auf dem macedonischen Kriegsschauplatz keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Große U-Boot-Beute im Mittelmeer.

Über 40.000 Tonnen versenkt.

Amlich wird gemeldet: Unermüdlich, Tag und Nacht tätig, haben deutsche und österreichisch-ungarische Unterseeboote im Mittelmeer neue große Erfolge erzielt. 13 Dampfer und 4 Segler mit über 40.000 Br.-Reg.-To. sind versenkt worden. Im besonderen wurden die Transportschiffe nach Italien empfindlich getroffen. Ein Unterseeboot vernichtete allein vier nach italienischen Häfen bestimmte Kohlendampfer mit rund 15.000 To. Kohle.

Unter den versenkten Schiffen waren die bewaffneten englischen Dampfer „Jelison“ (3221 To.), „Sanwen“ (3089 To.), „Kriemhild“ (3206 To.), die griechischen, im Dienste der Entente fahrenden Dampfer „Nikolaos Konios“ (2421 To.) und „Konstantinos Embiricos“ (2611 To.).

Nach Niederlegung der Batterien auf Berber und Moon am 18. 10. durch Linienfahrer und Kreuzer der Flotte wurde in weiterem zielbewussten Zusammenarbeiten mit dem Meer die Insel Moon genommen. Teile unserer leichteren Seestreitkräfte unterstützten dabei den Übergang über den kleinen Sund im Norden. Bei den Kämpfen im Moonfund hat eines unserer Linienschiffe das russische Linienschiff „Slava“ durch Treffer in der Wasserlinie so schwer beschädigt, daß es auf flachem Wasser nordwestlich der Insel Schildau auf Grund gesetzt wurde. Gleichzeitig wurde ein russischer Torpedobootszerstörer vernichtet. — Der Rest der feindlichen Flotte befindet sich auf weiterem Rückzuge nach Norden.

Ein neuer Erfolg unserer Seestreitkräfte.

WTB Berlin, 19. Okt. (Amlich.)

Teils unserer Torpedobootsflotte griffen in der Nacht vom 18. zum 19. Oktober Dünkirchen an und feuerten 250 Sprenggranaten auf nahe Entfernung gegen die Hafenanlagen der Festung. Das Feuer wurde von den Landbatterien und von den auf der Reede liegenden feindlichen Streitkräften, die von uns ebenfalls mit sicht-

barem Erfolge bekämpft wurden, erwidert. Ein englischer Monitor wurde durch drei Torpedotreffer und zahlreiche Artillerietreffer schwer beschädigt. Die eigenen Boote sind vollständig und unbeschädigt eingelaufen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Die Bombenschäden in Dünkirchen.

Die französische Presse veröffentlicht ausführliche Nachrichten über die Zerstörungen infolge der Luftangriffe auf Dünkirchen. Danach sind sehr viel Häuser, Speicher und Lagerräume in allen Stadtvierteln abgebrannt und schwere Sachschäden angerichtet worden. „Petit Parisien“ berichtet, daß man in der Stadt auf Schritt und Tritt zerstörte Häuser treffe und eine größere Anzahl Personen der Bevölkerung tödlich getötet zu sein. Die Berichte leugnen natürlich übereinstimmend militärischen Schaden und lassen die Zerstörung von deutschen Bomben getroffen sein, als die Ursache für die „barbarische Kriegsführung“ der Deutschen.

Kleine Kriegspost.

Bern, 19. Okt. In Odessa wurde eine Gruppe von Offizieren, an deren Spitze Leutnant Gussakov stand, verhaftet, die sich des Generalstabs, des Militärtribunals und des Telegraphen bemächtigen wollten.

Washington, 19. Okt. Amlich wird mitgeteilt, daß ein amerikanischer Torpedoboot in der Kriegszone torpediert wurde. Ein Matrose wurde getötet, fünf wurden verwundet. Das beschädigte Schiff kehrte in den Hafen zurück.

Das Kassar Wiek.

Mitten zwischen den Inseln Deisel, Dogoe und Moon liegt das Kassar Wiek, in dessen westlichem Ausgang sich in den letzten Tagen Kämpfe zwischen den deutschen Seestreitkräften und der fliehenden russischen Flotte abspielten.



haben. Unsere Flotteneinheiten drängten die feindliche Streitmacht zurück und sperren jetzt die Einfahrt und Abfahrt aus dem Kassar Wiek. Im Verlaufe dieser Operationen ist die südlich des Kassar Wiek gelegene Insel Moon in unsere Hände gefallen. Vom Festland sind jetzt unsere gegen Deisel angelegten Streitkräfte nur noch durch den Großen oder Moon-Sund getrennt.

Die Russen räumen Neval.

Nach einer Meldung der „Renoje Bremja“ hat am 16. d. Mts. die Räumung Nevals aus Anlaß der durch die deutsche Landung für die Stadt geschaffenen Lage begonnen. Der größte Teil der Einwohner verläßt die Stadt und begibt sich nach dem Innern Rußlands. — Die Räumung der stark besetzten Stadt ist der erste Erfolg des deutschen Sieges auf Deisel, der auf dem Festland sichtbar wird.

Eine freundliche Einladung.

Im Pariser „Clair“ erkennt Admiral Daguin in den Erfolgen der deutschen Flotte in der Ostsee ihren glänzenden materiellen Wert und ihre moralische Ungebrochenheit. Besonders aber betont er, wie diese Flotte die so oft ausgesprochene Ansicht, Kriegsschiffe seien im Kampf gegen Landbefestigungen immer unterlegen, als unrichtig erweisen habe. Auch erhebe sich Deisel nicht höher über der Meeressfläche als die deutschen Inseln. Die letzten Worte enthalten einen nicht mißzuverstehenden Vorwurf für die englische Flotte — daß sie nicht nach deutschem Muster verfährt.

Vom Tage.

Dank von der — belgischen Regierung.

Aus London wurde gemeldet, die Regierungen von Belgien und Frankreich stimmten vollständig überein mit den englischen Gewaltmaßregeln gegen den Tag. Dazu meint das holländische Blatt „Nieuws van den Dag“ wir haben, aber die belgische Regierung! Wir haben in den letzten zwei Jahren 15 Millionen Gulden für belgischen „bejammernswerten Notleidenden“, um nicht zu sprechen von der Vergrößerung der Wohnungsnot und der Vergiftung eines Teiles unserer Presse durch die Herbergung von Belgiern, von denen sich herausgestellt hat, daß sie nicht gerade zu den „bejammernswerten Notleidenden“ gehören.

„Nieuws van den Dag“ versichert schließlich der belgischen Regierung, in Haare möge man nicht glauben, daß die Holländer sich krumm legen oder die prägende Fäustchen würden.

Das „freie und demokratische“ England.

Ein englisches Blatt, der „Manchester Guardian“ schreibt unter der Überschrift „Disziplin“: „Wer kann leugnen, daß England heutigen Tages, trotzdem es parlamentarischen Sinne demokratisch ist, doch eigentlich in einem halbfeudalen Zustande sich befindet. Wir leben an unseren Straßengesetzen, die für die niedrigen Klassen der Bevölkerung Zwangsarbeit vorschreiben, den hochgebildeten

Verordnung

betr.: Kohlenversorgung im Oberwesterwaldkreise.
Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 19. und 20. Juli und 16. August d. J. wird für den Oberwesterwaldkreis folgendes bestimmt:

§ 1.
Kohlen im Sinne dieser Verordnung sind: Steinkohlen, Anthrazit, Steinkohlenbriketts aller Art, Braunkohlen, Braunkohlenbriketts, Braunkohlenbriketts aller Art und Holz jeder Art.

§ 2.
Es werden von dieser Verordnung betroffen:
1. Der gesamte Hausbrand einschließlich des Bedarfs der Behörden und Anstalten.
2. Der Bedarf der Landwirtschaft.
3. Der Bedarf des Kleinhandels mit einem Monatsverbrauch von weniger als 10 Tonnen + 200 Zentner, für Bäckereien, Schlächtereien, Gastwirtschaften und ähnliche Betriebe, aber ohne Rücksicht auf den Monatsverbrauch.

§ 3.
Die Versorgung der Kreisbewohner mit Kohlen bleibt grundsätzlich den berechtigten Kohlenhändlern überlassen.
Bezugsberechtigten, Konsumvereine, Spar- und Darlehnskassenvereine und andere solcher Vereinigungen werden den Händlern gleichgestellt.

§ 4.
Der Kohlenbezug der Händler pp. (§ 3) darf nur auf Grund der von dem Kreisaußenrat abgestellten Bescheide erfolgen.

§ 5.
Händler, welche Brennstoffe in den Oberwesterwaldkreis einführen, oder von einem Erzeuger innerhalb des Kreises beziehen, sind verpflichtet, über sämtliche bei ihnen eingehende Brennstoffe am Tage des Einganges dem Kreisaußenrat unter Vorlegung des Frachtbrieftes schriftlich Anzeige zu machen.

Die Anzeige muß enthalten:
a. Art, Sorte und Gewichtsmenge des Brennstoffes,
b. Angabe, ob die Kohlen für Hausbrand, Landwirtschaft oder Kleinhandel bestimmt sind.
Empfänger von Brennstoffen, die solche ohne Vermittlung von Kreisangehörigen Händlern empfangen, sind ebenfalls zu dieser Anzeige verpflichtet.

§ 6.
Die im § 3 und § 5 bezeichneten Händler und Empfänger von Brennstoffen sind verpflichtet, ein Drittel der bei ihnen lagernden oder künftig eingehenden Brennstoffen zur Verfügung des Kreisaußenrats zu halten.

Der Vorsitzende des Kreisaußenrats kann aus diesen Mengen zur Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses der Landwirtschaft, des Kleinhandels oder des Hausbrandes, Kohlen den Verbrauchern zuweisen.

Die betreffenden Händler sind verpflichtet, die Brennstoffe den ihnen vom Vorsitzenden des Kreisaußenrats bezeichneten Personen, Behörden oder Anstalten zu überlassen und die zur Übergabe erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

§ 7.
Die Kohlenhändler sind zur genauen Buchführung, insbesondere über Einfuhr, Abgabe, Bestand und Vermittlung von Kohlen verpflichtet und haben die Befehle des Kreisaußenrats, die hierüber ergehen, zu befolgen.

Ihre Bücher haben sie auf Verlangen des Kreisaußenrats und der Ortsbehörden oder deren Beauftragten zur Einsicht vorzulegen. Auch sind sie zu jeder erforderlichen Auskunft in Bezug auf den Kohlenverkehr verpflichtet.

Die genannten Behörden und deren Beauftragte sind, abgesehen von amtlich zu erteilender Auskunft, zur Verschwiegenheit über die von ihnen erlangten Kenntnisse verpflichtet.

§ 8.
Die Abgabe der Kohlen durch die Händler darf nur gegen Vorlage eines von der Ortsbehörde des Wohnortes des Verbrauchers ausgestellten Bezugsscheines erfolgen.
Die Bezugsscheine sind nicht übertragbar.

§ 9.
Die Ortsbehörde, die die Verteilung vorzunehmen hat, hat dafür zu sorgen, daß:

1. Die kriegswirtschaftlich wichtigen Betriebe, Behörden, Krankenanstalten, Schulen usw. rechtzeitig und genügend beliefert werden.
2. Daß nicht einzelne Personen sich vorzuziehen, während andere, insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung, Not leidet.
3. Daß Personen, die mit Kohlen oder Holz ausreichend versorgt sind, keine Kohlenbezugsscheine erhalten.

§ 10.
Die Verbraucher haben keinen Anspruch auf Lieferung einer bestimmten Menge oder Art von Kohlen.

§ 11.
Die Kohlenhändler sind nicht berechtigt, die Abgabe von Kohlen auf ordnungsmäßig ausgestellte Bezugsscheine, solange die freigegebenen Vorräte reichen, zu verweigern; eine Bevorzugung einzelner, insbesondere früherer Kunden, ist untersagt.

§ 12.
Die Kohlenhändler haben über die Abgabe der Kohlen Buch zu führen, aus dem die abgegebene Menge und Art sowie der Name der Empfänger ersichtlich ist.

Die Bücher sind auf Verlangen dem Kreisaußenrat, der Ortsbehörde oder deren Beauftragte vorzulegen.

§ 13.
Der Bezug von Braunkohlen von den Braunkohlengruben ist in Mengen bis zu 40 Zentner gegen Bezugsschein gestattet. Diese Mengen werden den Verbrauchern voll angerechnet.

§ 14.
Brennstoffe, die zu bestimmten Zwecken (z. B. Schmiedehöfen, Bäckereien usw.) bestimmt sind, dürfen für andere Zwecke nicht verwendet oder abgegeben werden.
Ausnahmen kann der Kreisaußenrat in dringenden Fällen genehmigen.

§ 15.
Die Ausfuhr von Kohlen aus dem Oberwesterwaldkreis ist ohne Genehmigung des Kreisaußenrats verboten.

§ 16.
Der Kreisaußenrat behält sich vor, zum Zwecke eines sparsamen Verbrauches von Kohlen besondere Vorschriften zu erlassen, insbesondere über die Zahl der zu beheizenden Wohnräume, über Einschränkung von Zentralheizungen, und Beheizung von Versammlungsräumen, Gastwirtschaften usw.

§ 17.
Zwischenhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, einerlei ob sie dem Täter gehören oder nicht.
Außerdem kann der Kreisaußenrat Kohlenhändler, die seinen Anweisungen nicht Folge leisten, neben gerichtlicher Staatsverfolgung, von der weiteren Lieferung von Kohlen ausschließen.

§ 18.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft.

Mit dem gleichen Tage wird die Verordnung vom 15. August 1917, Kreisblatt Nr. 68 aufgehoben.

Marientberg, den 8. Oktober 1917.

Der Vorsitzende des Kreisaußenrats.

Thon.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 16. 10. 1917. Der Bürgermeister.

J. W.: Carl Pödel, Beigeordneter.

Tab. Nr. 2. 9775. Marientberg, den 8. Oktober 1917.
Ablieferung der Oelfrüchte und Rücklieferung von Öl an die Erzeuger.

1. Die gesamte Oelfruchtenernte, mit Ausnahme der für die Ausfuhr benötigten Mengen sowie bis zu 5 Doppelzentnern Einsparungen in, wie durch eine Bekanntmachung, betr. das Verbot des Schlags von Oelfrüchten vom 23. August d. J. Nr. 8132, Kreisblatt Nr. 7, bekannt gegeben, an den Kreisaußenrat für pflanzliche Öle und Fette in Berlin und zwar an die von diesem bestellten Kommissionäre abzuliefern. Als Raum für die Abnahme der Oelfrüchte ist die Firma Central-Ein- und Verkaufsgesellschaft für den Regierungsbezirk Wiesbaden in Wiesbaden bestimmt.

2. Anstelle des früheren Rechts auf Belohnung von 10 kg Oelfrüchte zur Herstellung von Öl für die eigene Hauswirtschaft ist für den Erzeuger ein Anspruch auf Rücklieferung von Öl nach Maßgabe der abgelieferten Oelfrüchte getreten.

Für den Bezug dieses Öles gilt folgendes:
Nach Ablieferung der Oelfrüchte erhält der Erzeuger vom dem Kommissionäre einen Bezugsschein. Dieser besteht aus drei Teilen (Blättern): A, B, C.

Auf dem Blatt A hat der zuständige Bürgermeister zu bescheinigen:

1. Ob die fragliche Oelfruchtengattung von dem Erzeuger im laufenden Gesteige angebaut ist;

2. Ob und für welche Oelfruchtmengen dem Antragsteller bereits ein Oelabnahmschein zum Schlags von Öl gemäß der früheren Verordnung erteilt worden ist.

Nach Eintragung dieser beiden Vermerke hat der Erzeuger den Bezugsschein (sämtliche drei Blätter) dem Kommissionäre wieder zu stellen; dieser hat auf Blatt B den Oelabnahmschein des Erzeugers zu bescheinigen und die verrechnete Menge auf den Blättern A und C einzutragen. Der Kommissionäre hat dann die drei Blätter (A, B und C) dem R. L. Landratsamt einzuweisen. Von diesem erhält der Erzeuger das den eigentlichen Bezugsschein darstellende Blatt C sodann zurück. Auf Grund dieses Scheines C hat der Verbraucher das ihm zustehende Öl an einer der nachfolgenden Verteilungsstellen in Empfang zu nehmen:

1. Für den Bezirk Marientberg, bei dem Konsumverein Westerwald in Marientberg.
2. Für den Bezirk Hachenburg bei der Firma Ph. Schneider in Hachenburg.

Jur. Entscheidung von Streitigkeiten, welche sich aus der Lieferung von Oelfrüchten an den Kreisaußenrat für pflanzliche und tierische Öle und Fette ergeben, ist ein Schlichtungsausschuß für die Provinz Hessen-Rheinland gebildet worden, der sich aus den nachstehend genannten Personen zusammensetzt:

Vorsitzender: Regierungsrat Dr. v. Wagner zu Cassel, Regierung; Stellvertreter: Regierungsrat Wühlhorst zu Cassel, Regierung; Beisitzer: 1. Landwirt Altmannhöfer zu Bräunshausen Kreis Marburg; Stellvertreter: Königl. Oberamtmann Reinhardt zu Fürsteneck Kreis Hünfeld; 2. Kaufmann Theodor Mosberg, in Firma Julius Mosberg zu Cassel; Stellvertreter: Kaufmann Joseph Reubahn, in Firma Reubahn zu Siebenbrunn.

Der Königl. Landrat.

Thon.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 15. 10. 1917. Der Bürgermeister.

J. W.: Carl Pödel, Beigeordneter.

Der Bezirksausschuß für Frauenarbeit im Kriege macht es sich zur Aufgabe, für Kinder, deren Vater im Felde steht und deren Mutter der Erwerbstätigkeit nachgeht, Pflegestellen zu verschaffen, wo die Kinder gegen ein angemessenes Pflegegeld eine geregelte Erziehung erhalten.

Familien, die geneigt sind, Pflegekinder aufzunehmen, werden gebeten, sich unverzüglich unter Angabe des beantragten Pflegefalles bei mir zu melden.

Hachenburg, den 20. Oktober 1917.

Frau Strichens.

Kautschuk- und Metalltempel

in allen Ausführungen liefert in kürzester Frist zu den billigsten Preisen die

Geschäftsstelle des „Erzähler vom Westerwald“
Hachenburg, Wilhelmstraße.

Ovale Holzwaschbüten

in verschiedenen Größen

sowie

Holzbadewannen für Kinder

empfiehlt

Karl Baldus, Hachenburg.



Wiedersehen war seine Hoffnung!

In den schweren Kämpfen in Flandern starb den Heldentod am 10. Oktober 1917 im Alter von 30 Jahren mein teurer, unvergeßlicher Gatte, der treubeforgte Vater meines einzigen Söhnchens, unser guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Unterschied in einem Ref.-Inf.-Regiment

Jakob Simons

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse.

Um stille Teilnahme und ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen bitten die tieftraurige Gattin

Maria Simons geb. Siegel und Kind
nebst Eltern und Geschwörtern.

Langerwehe, Hachenburg, Meudt, Köln, östlicher und westlicher Kriegsschauplatz, Wilhelmshaven, 20. Okt. 1917.

Danksagung.

Für die uns anlässlich unserer

Vermählung

in so reichem Maße zugegangenen Wünsche und Geschenke sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Otto Ohlgart und Frau

Mina geb. B.

Hachenburg, den 20. Oktober 1917

la. Lederfett in verschiedenen

Schuhcreme

Geolin-Metallputz

Prima „Globus“-Schneewasser

Suppen-einlagen

Gewürz

Badpulver

Feldpost-Kartons

empfiehlt zu den billigsten Preisen

Karl Henney, Hachenburg

Herrn- und Damen

Regulateure

Wecker und Rhythmen

in allen Qualitäten und Preisen

Ernst Schulz

Uhrmacher

Hachenburg.

Ein schönes

Kuhkalb

Wäller Rasse, zu verkaufen.

Wo? sagt die Geschäftsstelle

d. Bl.

Ein Hirtenhund

zu kaufen gesucht.

Karl Schmidt, Bretthausen.

Ich kaufe gegen

Brannholz

dicke große Posten

in Wache und anderen Gattungen

nach Gewicht bei Lieferung franco

Wagon der Verladung von

legt die Ränge. Angebote mit An-

gabe der Holzarten erbeten: **Gustav**

Wilmking, Gütersloh, Tel. 108.

Rechnungsformulare

lose und in Heften liefert schnell

Ed. Kirchbühl, Hachenburg.

Wir suchen

Arbeiter

Arbeiter

jeden Alters für

und leichte Arbeit

Gustav Berger

Hachenburg

Jüngeres

in besserer Gattung

fort nach Wiesbaden

Zu melden bei

Bernstein

Ordentl.

auch jüngere, für

Arbeit für sofort

besucht. **Wien**

Reichner, Altona

Rothausstr. 8.

Kaufe jedes

ausgehäutete

Haare

auf.

Richard

Freilein

Hachenburg.

Gebräuchl.

Zimmer-Rock

zu kaufen

Thodor

(Westerwald)

Fußboden

in verschiedenen

in 1/2 und 1/3

über Nacht

vorhanden bei

Karl Baldus